

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 10

Artikel: Eurafrika wird ausgebeutet : Memorandum der Bewegung für koloniale Freiheit
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141935>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

läufer hinter jedem Baum lauere, und daß jeder Hindu, und habe er hier zwanzig Jahre friedlich gelebt, verdächtig sei und verdiene, auf der Stelle erschossen zu werden.

Alle leben in ständiger Furcht. Und wie man mir sagt, gibt es keine Familie, die nicht irgendwie in Mitleidenschaft gezogen ist, die ihre Mitglieder verloren hat oder beraubt worden ist oder deren junge Töchter entführt worden sind. Das Regime findet keine Unterstützung im Lande. Jeder, auch der einfachste Tagelöhner, weiß, daß das Zeitungsgerede Lüge ist.

Höchst bemerkenswert ist, daß die Menschen hier, Intellektuelle wie einfache Bauern, mir immer wieder sagen: «Bitte, laß dein Land keine Hilfe senden, auch nicht einmal Nahrungsmittel. Die Armee greift alles auf, und unsere Not wird nur verlängert.» Mehr als einer sagte zu mir, er würde lieber Hungers sterben als so in ewiger Todesangst leben. Das mag manchem unglaublich erscheinen, aber die Menschen hier sind so hart geworden gegenüber dem Leiden, daß sie den Tod dem ständigen Anblick dieser Greuel vorziehen.

Bill Ellis in «Peace News», 30. Juli 1971

(Übersetzt von Karl Struve)

Eurafrika wird ausgebeutet

Memorandum der Bewegung für koloniale Freiheit

Als die Idee der EWG aufkam, nahmen ihre europäischen Befürworter kein Blatt vor den Mund, wenn sie von der Rolle sprachen, die Afrika in Beziehung zur EWG zugeordnet war. Z. B. sagte die Zeitung «Eurafrika» ganz offen, daß die afrikanischen Staaten für Europa wichtig seien, weil sie ein strategisch bedeutsames Gebiet in einem Dritten Weltkrieg darstellten.

Ein Artikel des «Daily Telegraph» 1961 berichtete von großen Entwicklungsplänen der Sechszehn, die größere Ergiebigkeit in der Kultur tropischer Nahrungsmittel sichern sollten. Der Artikel sprach auch von Plänen für Wasserwege und Eisenbahnen. Das alles diente natürlich nur der Ausbeutung der afrikanischen Länder, und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der Artikel schließt: «Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß diese Pläne scheitern dadurch, daß die Afrikaner hellhörig werden.»

Auch der Name erregt Bedenken: «Der Name wird in offiziellen Dokumenten vermieden, weil er afrikanische Besorgnisse verstärken

könnte, daß nichts anderes beabsichtigt werden möchte, als den alten Kolonialismus wieder aufleben zu lassen.»

In erster Linie wichtig sind die wirtschaftlichen Ziele der EWG. Die achtzehn assoziierten Staaten umfassen einen Drittel Afrikas und ein Gebiet größer als Europa. Ihre vereinigte Bevölkerung beträgt mehr als 60 Millionen. Sie produzieren die Hälfte der Diamanten der kapitalistischen Welt, die Hälfte ihres Kobalts, ein Zehntel ihres Goldes, die Hälfte ihres Kupfers. Sie haben Mangan, Wolfram und andere Mineralien. Sie liefern ein Viertel der Welterzeugung von Palmöl und Palmkernen und fast die Hälfte des Kakaos.

Die Absicht der Sechs war, daß die afrikanischen Länder weiterhin billige Rohmaterialien für Industrie und Verbrauch liefern — und Bedarfsartikel und Maschinen in Europa kaufen sollten. Eine Zeitung sagte ganz offen: «Europa soll für Afrika die Stadt sein, um die herum sich die Dörfer gruppieren.» Und es wurde angenommen, daß das in der Gemeinschaft leichter zu erreichen wäre, als wenn jeder für sich handelte. «Kollektiver Kolonialismus», sagten afrikanische Führer.

Da wir im Zeitalter des fortgeschrittenen Imperialismus leben, in dem gigantische Unternehmungen mit Kapital- und Verwaltungsverflechtung sich zunehmend der Herrschaft über die ganze kapitalistische Welt bemächtigen, ist es nicht überraschend, daß das Phänomen der internationalen Unternehmung, das Europa beherrscht, auch in Afrika erscheint.

Die größten Trusts der europäischen Länder sind auch die, die Afrika ausbeuten und eifrig daran arbeiten, es noch fester in den Griff zu bekommen. Und genau wie große englische Unternehmungen über die Grenze hüpfen und lustig im Herzen der EWG operieren, so arbeiten Shell und Unilever ganz vergnügt im Innern der Achtzehn.

Die achtzehn afrikanischen Staaten sind «assoziierte Mitglieder» geworden. Der Name deutet gleich einen minderen A-Status an, mit einem begrenzten Recht, sich zur allgemeinen Politik der EWG zu äußern.

Die Mächte der EWG behaupteten, daß die afrikanischen Staaten in der Verbindung mit ihnen bessere Chancen hätten für den Absatz ihrer Produkte, und zu besseren Preisen. Sie hätten Protektion (!) für ihre Industrien und wirtschaftliche Hilfe für den Aufbau neuer Industrien. Aber was ist in Wahrheit das Ergebnis? Ob nun in der EWG oder nicht, die afrikanischen Staaten haben nicht vermeiden können, die Opfer der sich immer erweiternden Kluft zu werden zwischen den Preisen, die sie für ihre Rohmaterialien erhalten und denen, die sie für europäische Bedarfsgüter zu zahlen haben. Z. B. erlaubte der Erlös für eine Tonne Kakao dem Staate Kamerun die Einfuhr von 2700 m ungebleichten Tuches und 1 200 kg Zement. 1965 bekam er für dieselbe Menge nur 800 m Tuch und 450 kg Zement. 1967 beklagte sich Senghor von Senegal, daß die afrikanischen Länder «langsam erdrosselt» würden.

Senegal habe den Umfang seiner Exporte um 30 Prozent gesteigert — um eine Mehreinnahme von nur 3 Prozent zu erhalten. Seitdem ist es nicht besser geworden. Die Verschlechterung der Handelsbedingungen dauert an. Eine Zeitung in Westafrika schreibt: «Der afrikanische Bauer mag sich plagen, wie er will — alles geht verloren durch die schwindenden Rohstoffpreise.»

Aber die europäische Landwirtschaft wird freigebig unterstützt. Wie der Vorsitzende der EWG-Kommission zugeben muß, kostet diese Unterstützung Europa in einem Jahr mehr als irgend eine vergleichbare Aufwendung für Afrika i n f ü n f J a h r e n.

1969, als die Afrikaner einen neuen Vertrag mit der EWG aushandelten, verstanden sich die Sechs zu einem Reservefonds von 65 Millionen Dollar, der in Fällen schwerer Senkung der Weltpreise helfen sollte. Dieser Betrag, auf achtzehn Staaten verteilt, wird nicht weit reichen.

Als Mitglieder der EWG finden es die Afrikaner nicht leichter, ihre Waren in der EWG abzusetzen. Sie stehen oft vor hohen Zollmauern, die sie nicht überwinden können. Z. B. erhebt Westdeutschland 180 Prozent Zoll auf grünen Kaffee, Italien 148 Prozent auf Kakao. Das hilft erklären, warum die assoziierten Staaten es manchmal schwerer haben, mit ihren Waren Eingang zu finden als z. B. nicht assoziierte Staaten von Lateinamerika.

Auf der Brüsseler Ministertagung beklagte sich eine Anzahl afrikanischer Führer bitter über die «Stagnation» ihrer Exporte. Sie hätten auch gemeint, die Sechs würden ihre Industrialisierung fördern. Es wurde denn auch vereinbart, daß die Tarife zwischen Afrika und der EWG progressiv abgebaut werden sollten, um eine «afrikanische Freihandelszone» zu schaffen.

Oberflächlich betrachtet, scheint das eine einwandfreie Behandlung der Sache. Gesehen gegen den Hintergrund der heutigen industriellen Macht, ist es jedoch nur die Gleichheit von Ameise und Elefant. Daher erlaubte der neue Vertrag von 1969 den afrikanischen Staaten, Schutz-zölle zu erheben, die der Wirtschaft aufhelfen sollten. Aber es wurde ein Fehlschlag. In den ersten fünf Jahren wurden 200 Millionen in den erwähnten Fonds gezahlt. Zwischen 1963-1967 war der Betrag 260 Millionen. Verteilt auf 60 Millionen Menschen ergibt das zwei Drittel pence für die Person. Kaum geeignet, den Lebensstandard wesentlich zu heben. Abgesehen von der Unzulänglichkeit der Beträge ist ihre Kontrolle in den Händen der Sechs. Daher wird das meiste für Ackerbau und Infrastruktur ausgegeben (Wege, Häfen, Eisenbahnen), was dazu dient, den traditionellen Charakter der Wirtschaft zu stabilisieren — Erzeugung von Rohmaterialien, unter Vermeidung der Industrialisierung. Die Zeitung «African Trade and Development» sagt daher: «Die Fondsverwaltung gibt das Geld zu allererst im Interesse ausländischen Kapitals.»

Viele Verbesserungsvorschläge der Afrikaner werden von Hand abgewiesen. Bis 1962 waren von mehr als zweihundert Vorschlägen mehr als die Hälfte zurückgewiesen worden. Und als die ersten fünf Jahre vorüber waren, waren weniger als vier Fünftel der Summe ausgegeben worden. Ein weiteres Merkmal des Fonds ist, daß er gebraucht wird, privaten Unternehmungen den Weg zu ebnen. Eine Erklärung des Sozialkomitees macht das ganz klar. «Angesichts der Wichtigkeit der Investition privaten Kapitals für die Zwecke der Industrialisierung der Staaten, und angesichts der Schwierigkeit, das Risiko einer Kapitalanlage genau abzuschätzen, findet die Kommission es notwendig, eine Sicherheitsgarantie zu haben für den Fall unvorhergesehener Entwicklungen. Außerdem: Nicht rückzahlbare Beträge sollen im ganzen nur für die I n f r a s t r u k t u r gebraucht werden, um Privatkapital anzuziehen.»

Ende 1965 waren nur 30 Prozent des Fonds für die Fünf-Jahres-Periode ausgegeben. So machte es nochmals den Eindruck, daß die große Summe, von der man sprach, eher Beruhigungszwecken dienen soll. «The Economist» kommentierte zynisch: «Diese Art Hilfe reicht gerade aus, um die afrikanischen Staaten Europa gegenüber freundlich zu stimmen.» Und für den Fall, daß sie etwa nicht freundlich wären, haben sie auch schon eine Warnung erhalten. Der Ministerrat erklärte am 18. Dezember 1962: «Sollten einige der assoziierten Staaten Maßnahmen treffen, die geeignet sind, das freundliche Verhältnis zwischen uns und ihnen zu stören, wird der Ministerrat die Situation begutachten und die erforderlichen Maßnahmen treffen.»

Der neue Vertrag von 1969 spricht viel von der Industrialisierung, nimmt aber praktisch nichts in Aussicht.

Für die afrikanischen Staaten außerhalb der EWG gibt es auch Probleme. Die Zölle für aufbereitete Materialien sind viel höher als die für Rohmaterial. Auf diese sollen sie sich beschränken — zu ihrem Schaden.

So stellt die EWG die afrikanischen Staaten einer grausamen Wahl gegenüber: Werdet Mitglieder der EWG und bleibt Zubringer der großen europäischen Monopole und Handelsfirmen — oder bleibt draußen und laßt die Hoffnung fahren, eure Produkte an uns zu verkaufen!

Aus: «Peace News», 23. Juli 1971

(Übersetzt von K. Struve)